

Antrag zur Beschleunigung der Einführung von Mehrweggeschirr im Tübinger Stadtgebiet:

1. Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat über die bis dato ergriffenen Maßnahmen zur Einführung von Mehrweggeschirr im Stadtgebiet.

Sofern noch nicht erfolgt:

2. Die Verwaltung holt zeitnah Angebote von Anbietern von Mehrwegsystemen ein.
3. Die Verwaltung unterbreitet den Betrieben, die Steuerschuldner der Verpackungssteuer sein werden, einen Vorschlag zur Einführung von Mehrweggeschirr, der die Wahl zwischen verschiedenen Anbietern eröffnet.
4. Der Vorschlag enthält eine kurze Erläuterung der unterschiedlichen Konditionen, den Hinweis, dass es Synergieeffekte geben könnte, wenn sich möglichst viele Betriebe auf denselben Anbieter einigen und eine Erläuterung, in welchem Umfang die Einführung mit den vom Gemeinderat bereits bewilligten Mitteln bezuschusst werden kann.
5. Die Stadt terminiert eine Informationsveranstaltung, z.B. in der Hepper-Halle, (soweit die Corona Pandemie dies zulässt) spätestens im Oktober, bei der sich interessierte Betriebe noch weiter informieren und insbesondere untereinander abstimmen können, wann sie welches Mehrwegsystem ggf. gemeinsam einführen wollen.

Begründung:

Im Kampf gegen die Vermüllung im Tübinger Stadtgebiet ist Mehrweg der Königsweg. Das Inkrafttreten der Verpackungssteuer wurde durch Gemeinderatsbeschluss vom 27.07.2020 um 1 Jahr auf den 01.01.2022 verschoben, um den von der Corona-Pandemie gebeutelten Betrieben eine Erholungspause zu gönnen und eine betriebliche Konsolidierung zu ermöglichen. Die Corona-Pandemie hat gleichzeitig das Müllaufkommen in der Stadt drastisch gesteigert, nicht zuletzt, weil To-Go-Essen in Einwegverpackungen in Coronazeiten vielfach der einzige Weg war und ist, betriebliche Einnahmen zu generieren. Es besteht daher dringender politischer Handlungsbedarf. Der

Prozess zur Einführung von Mehrwegsystemen im Stadtgebiet, insbesondere in der Innenstadt, muss von Seiten der Stadtverwaltung aktiv strukturiert, gestaltet und vorangetrieben werden.

Nach den uns vorliegenden Informationen gibt es bereits mindestens zwei attraktive Angebote von Anbietern von Mehrwegsystemen, die bei etlichen Betrieben mit Interesse aufgenommen wurden. Bei Einführung von Mehrweg noch in diesem Jahr stellen wohl beide Anbieter die Betriebe für dieses Jahr von den Transaktionskosten frei. Die mit der Einführung einmalig anfallende Gebühr könnte ggf. vollständig von der Stadt bezuschusst werden, so dass den Betrieben praktisch keine Kosten entstehen. Die Transaktionskosten je ausgegebenem Mehrweggeschirr, die ab dem 01.01.2021 anfallen würden, sollen unter den Anschaffungskosten für Einwegverpackungen liegen, so dass Mehrweg für die Betriebe auch wirtschaftlich günstiger als Einweg wäre.

Nachdem voraussichtlich zum 01.07.2021 die Verordnung des Bundes zur Vermeidung von Plastikmüll in Kraft treten wird und deswegen etliche Betriebe ohnehin zum 01.07.2021 auf ein anderes Verpackungssystem umstellen müssten, könnten sie dieser Umstellungsnotwendigkeit durch die Einführung eines Mehrwegsystems zuvorkommen.

Diese Zusammenhänge müssten den betroffenen Betrieben dringend in geeigneter Form durch die Stadtverwaltung erläutert werden.

Für die SPD-Fraktion:	Gundula Schäfer-Vogel
Für die Tübinger List:	Ernst Gumrich
Für die CDU-Fraktion:	Dr. Ulrike Ernemann
Für die Linke-Fraktion:	Gerlinde Strasdeit
Für die Fraktion:	Markus Vogt